Berliner Montagspost

unabhängig – für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit – 26. Januar

Nr. 2/15

"Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit"

von N. Voß

Was wollen die Menschen, die jeden Montag zu den Mahnwachen gehen?
"Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit"
Das ist der gemeinsame Nenner, der alle diese "eigenartigen" (und einzigartigen) Menschen auf die Straße treibt.
Freiheit
Die Montagsmahnwache wird in der Presse - "Gute Nacht, Freunde", Martin Kaul, taz, Mittwoch, 26. November 2014 - mit zwei Namen verbunden: Lars Mährholz und Ken Jebsen. Beide sagen Dinge, die wahrscheinlich die meisten auf der Mahnwache auch sagen würden. Aber nicht alle! Und es gibt weitere Menschen, die "wissen", wie man Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit erreichen kann. Auch die dürfen sagen, was sie denken.
Grundsätzlich ist Lars M. aus B. für Toleranz und natürlich für Meinungsfreiheit.
Aber hat Rosa Luxemburg nicht mal gesagt:
"Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden?"
Eine Selbstverpflichtung, die "persönliche Unversehrtheit" des Initiators Lars M. aus B. zu respektieren, hat es nicht immer gegeben. Nicht bei jedem Redner! Manche, die auf der Bühne reden wollen, wissen sogar, dass sie über Phänomene sprechen, die Lars M. aus B. als unwichtig, als zweitrangig oder als „in den privaten Bereich gehörend" einstuft.
• Wie zum Beispiel:
§ 146 Grundgesetz.
• Wie zum Beispiel:
„Haager Landkriegsordnung"
– würde sie wenigstens Haager Landfriedensordnung heißen!
Die persönliche Freiheit hört dort auf, wo sie die Freiheit des anderen einschränkt!
Freiheit ist ein wirklich kompliziertes Gebilde.
Aber festgehalten werden muss, dass genauso, wie nicht alle mit dem einverstanden sind, was ein gewisser Lars oder ein gewisser Ken sagen, auch die beiden nicht mit allem einverstanden sind, was andere auf der Mahnwache sagen.
Ich denke, dass es mir, wie den meisten Teilnehmern der Montagsmahnwachen, nicht um die Person geht, sondern um die Sache. An der Person Ken Jepsen ist die Öffentlichkeit sicher viel weniger fasziniert als z.B. an den Interviews auf KenFM.
Und das ist auch gut so!
Ist es mit der Pressefreiheit zu vereinbaren, wenn der Initiator Redefreiheit gewährt, aber von der Presse für alle Beiträge zur Verantwortung gezogen wird?

Viele Menschen auf den Montagsmahnwachen sind Querdenker – sie würden NIE einem Führer hinterherlaufen. Keinem Lars und keinem Ken!
Der Stil mancher Journalisten, Menschen an den Pranger zu stellen, wird auf der Straße – auch wir stehen jeden Montag auf der Straße – als Todschlag empfunden!

Das ist manchmal sogar Mord: Rufmord!



(Foto: L. Dölle)

Der Krieg wurde auch an der Heimatfront verloren.

von J. Möbius

Beschäftigt man sich mit der Geschichte der USA stößt man höchstwahrscheinlich auch auf das Vietnam-Trauma. Der Vietnamkrieg hat sich in das Bewusstsein dieser Nation eingefräst.
Seit diesen Tagen wissen die Verantwortlichen und Mächtigen dieser Nation was man unbedingt vermeiden sollte, wenn man seine Bevölkerung auf Krieg einstimmen möchte.
Nicht kontrollierte Bilder aus umkämpften Zonen sind absolut Tabu. Man hat gelernt. Dem Volk werden Bilder gezeigt bei denen sich die technische Überlegenheit des Militärs darstellt. Es gibt keine freien Journalisten mehr die unter Einsatz ihres Lebens die brutalen Facetten des Krieges bannen. Die Militärstrategen genehmigen einen embedded Journalismus. Vorbei ist es mit Bildern die Gräueltaten des Krieges zeigen. Sieht man heute Bilder aus Kriegsgebieten im Fernsehen so handelt es handelt es sich meistens um Nachtaufnahmen die die Lichtblitze der Geschosse zeigen die weit weg irgendwo einschlagen oder um Truppenbewegungen. Bestenfalls eine weinende Frau vor einem zerbombten Haus. Zugelassen werden allerdings Bilder von Toten und Verletzten, wenn es der eigenen Argumentation dient warum man dagegen militärisch eingreifen muss. Bilder sprechen eine mächtige Sprache und kein Kriegsteilnehmer hat es gern, wenn seine Abscheulichkeiten in die Welt getragen werden. Die Staatsmedien der Nato-Staaten wissen darum und achten darauf das diese Linie auch treu und brav eingehalten wird. Ein erhebliches Kopfzerbrechen bereitet den Akteuren allerdings das Internet. Dort werden Bilder und Meinungen geteilt, die den "Mächtigen" nicht gefallen. Wie kann man dieses Treiben unterbinden? Die Rettung der gesteuerten Berichterstattung liefert das Zauberwort "Terrorgefahr". Unter diesem Begriff lassen sich nun die benötigten Aktionen durchführen die einen unerwünschten freien Austausch von Inhalten unterbinden. Und der passende Auslöser, der Terroranschlag für die Einschnitte der Informationsfreiheit lässt bestimmt nicht lange auf sich warten.

"Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren!"
Benjamin Franklin

Ist nicht sofort ersichtlich, welche politischen oder sozialen Gruppen, Kräfte oder Größen bestimmte Vorschläge, Maßnahmen usw. vertreten, sollte man stets die Frage stellen: Wem nützt es?

Wladimir Iljitsch Lenin

Termine

Berliner
Mahnwache für den Frieden
2.2., 9.2., 16.2. & 23.2.
Potsdamer Platz

immer Montags 18-21 Uhr

Berlin
"GEZ Demo"
31.1.
Potsdamer Platz
15:00 Uhr
(Bundesweite Termine im Netz unter www.mahnwachen.info)

München
"Kein Frieden mit der NATO"
7.2.
Marienplatz
13:00

Die Ursachen der Flüchtlingsströme

von J. Möbius

Im UNHCR - Halbjahresbericht vom 07.01.2015 unter der Überschrift: Mehr Menschen auf der Flucht, wird von 46,3 Millionen Flüchtlingen ausgegangen. [1.1] Die EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) hatte schon 2011 in einem Schwerpunktthema die Ursachen von Flucht beleuchtet. [1.2] Dabei wurden Hunger, Armut, Krieg, Gewalt und Naturkatastrophen als Gründe genannt. Ein verschwindend kleiner Teil der Flüchtlinge sind Kriegsflüchtlinge. Der überwiegende Teil sind sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Menschen die für sich keine Chance mehr sehen ihr Überleben in ihrer Heimat zu sichern. Exemplarisch hierzu seien nur vier Beispiele aufgeführt:

1.) Westafrika importiert von der EU Hähnchenteile und macht damit seinen eigenen Geflügelproduzenten ihren Absatzmarkt kaputt. Die Hähnchenteile werden von der EU subventioniert. [1.3] 2.) Ein großer Lebensmittelkonzern gräbt in Teilen Afrikas den Menschen das Wasser ab. Die Ärmeren haben somit kaum noch die Möglichkeit an sauberes Trinkwasser zu kommen. [1.4] 3.) Internationale Konzerne fördern in Nigeria Erdöl. Zurück bleibt eine zerstörte Umwelt. In diesem Gebiet kann kein Ackerbau und kein Fischfang mehr betrieben werden. [1.5] 4.) EU Fangflotten fischen verstärkt vor den Küsten Afrikas. Somit wird die Hauptnahrungsquelle der Bevölkerung dieser Region zerstört. [1.6] Auch zeigt es sich, wenn es um Rohstoffe geht herrscht in diesen Ländern oft Bürgerkrieg. Dazu zwei Beispiele. 1.) Im Zusammenhang mit dem Coltan-Abbau im Kongo herrscht seit Jahren ein blutiger Bürgerkrieg. [1.7] 2.) In Nordafrika und im Nahenosten wurden mit ausländischer Hilfe Staaten wie Irak und Libyen destabilisiert. [1.8.] Am 19.März 2003 begann der Krieg gegen den Irak. Damit brachen die USA Art. 2 der UN-Charta, der Präventivkriege als völkerrechtlich unzulässiges Mittel zwischen Staaten ausschließt, und missachteten das völkerrechtlich verankerte Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrates für den Verteidigungskrieg. Gegen Libyen zog man nach der Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat vom 17. März 2011 in den Krieg. Mit der Resolution 1973 wurde eine Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung genehmigt. Unter dem Vorwand eine Bedrohung für die Weltgemeinschaft auszuschalten oder im Namen der Menschlichkeit wurden die Staatschefs und ihre Handlanger beseitigt. Zurück blieb ein Chaos in dem sich Millionen Menschen auf der Flucht befinden. Zur Freude der Waffenindustrie, laut Sipri Jahrbuch 2013 S.10. Deutschland hat immerhin den dritten Platz belegt, gibt es weltweit zahlungskräftige Kunden die sich gerne mit diesen Waffen bekriegen. Es liegt in der Natur der Sache, das kein Geschäftsmann/frau sich den Markt zerstört bei dem er/sie am besten verdienen kann. Und wenn der Markt droht zusammenzubrechen weil sich die Konfliktparteien mit friedlichen Mitteln versuchen zu verständigen muss man als guter Geschäftsmann/frau eben probieren neue Konflikte zu schüren wo dann hoffentlich wieder Staatspräsidenten o.ä. für ihre Ideen ihre Gefolgschaft mit Waffen ausrüsten. Nicht nur Deutschland beweist damit, dass man mit diesem Geschäftsmodell erfolgreich sein kann. Den Menschen den man ihre Existenzgrundlage zerschossen hat oder nur genommen sind dann auf der Flucht. Aktuell werden Stimmen in unserm Land laut für bessere Bedingungen vor Ort für die Menschen zu sorgen, sodass sie erst gar nicht flüchten brauchen. Keine Waffen in diese Regionen zu liefern wäre ein guter Anfang. Faire Handelsbeziehungen zu diesen Ländern aufzubauen wäre auch ein guter Schritt. Aber wie soll man das einer Bevölkerung erklären die es über Jahrzehnte, wenn nicht sogar über Jahrhunderte gewohnt ist das ihr Wohlstand, Wachstumsanspruch und ihr Wettbewerbsdenken immer auf Kosten und dem Leid anderer Völker beruht.



Flüchtlinge im Mittelmeer (Foto: PI-News) [2]

Wladiwostok bis Lissabon als Neustart

von NRhZ/DL

Sehr spät, aber hoffentlich nicht zu spät kommt der Vorschlag, die Eurasische und Europäische Union unter ein Dach zu bringen. Die Idee eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok ist vernünftig und überzeugend", so Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Vorstoßes von Kanzlerin Angela Merkel auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos. Gehrcke weiter: „Ein gemeinsamer Handels- und Wirtschaftsraum muss auch ein Raum gemeinsamer Sicherheit sein. An der Grundidee der LINKEN, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit unter ein politisches Dach zu bringen, muss jetzt gearbeitet werden. Ein solches Dach könnte die OSZE sein. Das Ganze funktioniert aber nur, wenn der Ukraine-Konflikt nicht weiter militärisch zugespitzt wird und die Sanktionen gegen Russland sofort aufgehoben werden. Politik hat auch viel mit symbolischen Handlungen zu tun. Noch ist es nicht zu spät, den russischen Präsidenten Putin zu den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich der Befreiung nach Auschwitz einzuladen. Eine solche Entscheidung, die Deutschland zusammen mit Polen und Frankreich unterbreiten könnte, würde mehr als tausend Worte für einen Neuanfang europäischer Entspannungspolitik stehen. [3]

Quellen: [1.1] www.unhcr.de/home/artikel [1.2] www.ekd.de/international/berichte/81465.html [1.3] www.germanwatch.org/handel/tomahuhn.pdf
[1.4] www.naturwelt.org/was-tun/raubtierkapitalismus/nestle [1.5] www.lonam.de/70-mio-euro-fuer-oelpest-im-nigerdelta
[1.6] www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei/fremdfischen-vor-afrika
[1.7] www.missio-hilft.de/media/aktion/aktion_schutzengel/fuer_familien_in_not_weltweit/downloads_4/hintergrundpapier.pdf
[1.8] www.sipri.org/yearbook/2013/2013/files/sipri-yearbook-2013-kurzfassung-auf-deutsch
[2] www.pi-news.net/2012/07/54-fluchtlinge-auf-dem-mittelmeer-verdurstet/ [3] www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

Die Berliner Montagspost bitte mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Impressum:
Die Berliner Montagspost ist ein Organ der Berliner Montagsmahnwache und Ihrer Teilnehmer. Ihre Artikel erhält sie von Ihrer Leserschaft. Sie erscheint jeden zweiten Montag und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:
Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser, sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. Berliner Montagspost-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wieder.
Redaktion:
Martin Klimke, Berlin

www.mahnwachen.info www.kenfm.de www.wearechange.org www.free21.org www.rtdeutsch.com www.rt.com/shows/keiser-report
www.kulturstudio.wordpress.com www.weltnetz.tv www.nachdenkseiten.de www.ossietzky.net www.hinter-den-schlagzeilen.de www.wakenews.net